

Corona-Kurzarbeit: Volkshilfe OÖ wehrt sich entschieden gegen den Verdacht des Missbrauchs

Weil manche der rund 390 in Kurzarbeit befindlichen Mitarbeiter im Bereich der Mobilen Dienste anfangs mehr Stunden arbeiteten als ursprünglich vereinbart, sieht sich die Volkshilfe Oberösterreich dem ungerechtfertigten Verdacht des Missbrauchs ausgesetzt.

„Da wir von der Finanzbehörde bislang nicht kontaktiert wurden, fehlt uns jeglicher Hintergrund für diese völlig haltlosen Anschuldigungen. Denn wir haben noch keine einzige Ausfallstunde abgerechnet und keinen Cent erhalten, dem Verdacht des Missbrauchs fehlt daher jegliche Grundlage“, sagt dazu der Vorsitzende der Volkshilfe OÖ Dr. Michael Schodermayr.

Aufgrund der behördlichen Auflagen war die Volkshilfe angehalten, die Dienstleistungen entsprechend zu reduzieren. Daher wurden - nach Vorgaben des Landes Oberösterreich - die MitarbeiterInnen korrekt beim AMS zur Kurzarbeit angemeldet. Die Inanspruchnahme des Modells der Kurzarbeit ermöglicht der Volkshilfe OÖ die Sicherstellung von 700 Arbeitsplätzen.

Ausschlaggebend ist jedoch, dass lediglich die im Nachhinein festgestellten Ausfallstunden dem AMS zur Abrechnung vorgelegt werden.

Ausdrücklich festgehalten wird, dass bis dato keine einzige Ausfallstunde beim AMS eingereicht und abgerechnet wurde. Und somit der Verdacht des Fördermissbrauches jeglicher Grundlage entbehrt!

„Das gilt auch für das in Umlauf befindliche Gerücht, MitarbeiterInnen seien unter Druck gesetzt worden. „Eine derartige Vorgangsweise entspricht nicht der Kultur

der Volkshilfe, der Vorwurf ist daher ebenfalls auf das Schärfste zurückzuweisen“,
so Schodermayr.

Rückfragen:

Mag. Andreas Schmolmüller

Volkshilfe Oberösterreich

Pressereferent

Mobil: +43 676 8734 1105